

**Unsere Stärke heißt Solidarität**

# Der rechten Politik den Kampf ansagen

**H**underttausende sind auf den Straßen. Wir wollen ein Deutschland ohne Rassismus. Das ist gut. Und wir Saarländerinnen und Saarländer sind dabei mit 5.000, dann 13.000 und wieder 7.000. Unterschiedlichste Gruppen rufen auf. Die Zivilgesellschaft wehrt sich gegen reaktionäre Lösungen. Wir Gewerkschaften haben jetzt das Aktionsbündnis „Bunt statt Braun Saarland“ aktiviert. „Bunt statt Braun“ steht für ein entschiedenes Eintreten gegen rechtes Gedankengut, Rassismus und antidemokratische Parolen. Das Bündnis, das eine breite Palette gesellschaftlicher Gruppen vereint – von Kirchen, Jugendverbänden, Vereinen und Parteien bis hin zu Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, migrantischen Organisationen und Künstler\*innen –, möchte ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit setzen und für ein besseres Miteinander der Kulturen werben.



Selbstverständlich sind wir von ver.di dabei und nehmen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen selbst in die Hand. Dem menschenverachtenden Rechtsextremismus, der rassistischen Hetze, dem immer lauter auftrumpfenden Rechtspopulismus müssen wir Einhalt gebieten, wo immer sie uns begegnen. Unsere Stärke ist die Solidarität. Stehen wir gemeinsam ein gegen Ausgrenzung und Hass, für Respekt und Menschlichkeit.

Wir demonstrieren nicht nur gegen die AfD. Der rechte Staatsumbau begann nicht erst gestern. Was tun wir gegen zehntausende Tote im Mittelmeer? Während gegen die AfD demonstriert wird beschloss die Koalition im Bundestag das „Rückführungsverbesserungsgesetz“. Wie sagte doch der Bundeskanzler im „Spiegel“? „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Im Gegensatz zur AfD braucht die Bundesregierung kein Geheimgesetz, um die massenhafte Entrechtung von Menschen zu diskutieren, sie schlägt das einfach als Gesetz vor, so kommentiert Sea-Watch-Sprecher Oliver Kulikowski die Situation. Die Nazis re-

den von Remigration. Ein Wort der Beschönigung und Verharmlosung. Die Regierung spricht von Rückführungsverbesserung und die CDU will alle Geflüchtete, die in der EU einen Asylantrag stellen, in „sichere Drittstaaten“ überführen. So steht es im aktuellen Grundsatzpapierentwurf. Vielfalt und Demokratie sind was anderes.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich auf einen Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 geeinigt. Beschlossen wurden die schrittweise Abschaffung des sogenannten Agrardiesels in der Landwirtschaft, verschärfte Sanktionen beim Bürgergeld sowie Rekord-Rüstungsausgaben. Die Schuldenbremse will die Ampel-Koalition beibehalten. Sie könne laut einer Verabredung der Koalitionäre jedoch ausgesetzt werden, wenn sich die militärische Lage in der Ukraine „wesentlich“ verschlechtere. Eine genauere Definition dieses Sonderfalls wurde öffentlich nicht vorgenommen.

Gegen rechte Politik zu sein, ist mehr als die AfD als reaktionäre Partei mit faschistischen Flügel zu bekämpfen. Es geht um Inhalte. Die vielzitierte starke Schulter müssen mehr von den Lasten tragen. Wer Sozialabbau betreibt ist reaktionär und stärkt die Rechten. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse schafft macht sich mitschuldig. Unsere Schulen verkommen, es gibt zu wenig Erzieherinnen und Lehrer. Die Krankenhäuser stehen vor der Insolvenz. Der ÖPNV ist nicht auf der Höhe der Zeit. Und wir sollen nichts Besseres zu tun haben als kriegstüchtig zu werden.

Jetzt wurde der Haushalt zusammengestrichen, notwendige Investitionen werden nicht getätigt, gegen die Klimakatastrophe und für den nötigen Umbau fehlt es an Mitteln und gleichzeitig haben wir uns mit dem Wirtschaftskrieg gegenüber Russland selbst ein Bein gestellt. Der Krieg in der Ukraine ist zum Stellungskrieg geworden, im Osten nichts Neues. Krise und Krieg ist der Dung für reaktionäre Ideen und Taten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unser antifaschistische Erbe einfach instrumentalisiert wird, sonst besorgen wir unbewusst das Geschäft der AfD, denn sie profitieren ja gerade von dem Rechtsruck, vom Sozialabbau und der angestrebten Kriegstüchtigkeit.

Geändert werden muss die aktuelle Politik, die den Rechtsruck befördert.



OV Saar

# Kommt zum Ostermarsch



**D**er Ortsverein Saar der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ruft zur Teilnahme am diesjährigen Ostermarsch Saar am Ostersonntag in Saarbrücken auf.

Auf unserem 6. Bundeskongress hat ver.di bekräftigt, Teil der Friedensbewegung zu sein. Wir haben dort sehr lange über einen Leittrag „Perspektiven zu Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“ diskutiert. Dies war auch Gegenstand einer Veranstaltung, die wir in Saarbrücken mit Frank Deppe unter dem Motto „Die Waffen nieder“ durchführten.

Die Ansichten innerhalb von ver.di sind nicht einheitlich, aber ver.di lehnt das Denken in rein militärischen Kategorien ab. Wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren.

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Das ist die zentrale Lehre, die wir aus der Geschichte gezogen haben. Das ist der Grund, weshalb wir uns mit all unserer gewerkschaftlichen Kraft für Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die Achtung der Menschenrechte und für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen. ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und widerspricht, wenn seitens des Verteidigungsministers gefordert wird, Deutschland sollte kriegstüchtig werden. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Wir brauchen dringend Geld für Krankenhäuser, Bildung und Infrastruktur. Die Bekämpfung des Klimawandels und besonders die Gestaltung der Transformation verlangt enorme Anstrengungen und den Verzicht auf destruktive Produktivkräfte.

Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. ver.di verurteilt die Schuldenaufnahme von 100 Milliarden Euro ausschließlich

für die Bundeswehr, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven Investitionsdefiziten leiden. Einheitlich lehnen wir auch das Vorhaben, mindestens Zwei-Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militär auszugeben, ab.

Ungeachtet der sehr unterschiedlichen Bewertungen der Kriegsereignisse in der Ukraine, im Nahen Osten und an den vielen anderen Stellen auf dieser Welt, ist ver.di sich einig, die Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger\*innen zu verfolgen. Wir fordern intensive Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

Wir wollen auf dem Ostermarsch ein starkes Zeichen für den Frieden setzen, indem wir von der Bundesregierung fordern, mit Hochdruck an diplomatischen Verhandlungslösungen zu arbeiten – nicht zuletzt mit dem Ziel, für alle beteiligten Parteien Perspektiven auf eine neue gesamteuropäische Architektur der gemeinsamen Sicherheit zu eröffnen.

**Der OV Saar der ver.di ruft deshalb zur Teilnahme am Ostermarsch Saar am Ostersonntag, 30.3.2024 um 11 Uhr, ab der Johanniskirche in Saarbrücken auf.**

## Bestellung des kostenlosen Rundbriefes

**Die ver.di, OV Saar, führt regelmäßig Veranstaltungen durch und unterstützt die Fachbereiche und kämpfenden Kolleginnen und Kollegen.**

**Regelmäßig erscheint Ein RUNDBRIEF, der über die Aktivitäten informiert. Diesen kann man sich unverbindlich und kostenlos bestellen. Eine Mail an [michael@Quetting.de](mailto:michael@Quetting.de) genügt.**